

**NDR Info Podcast**

**06.11.2021 / 19.35-20.00 Uhr**

**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**

**07.11.2021 / 12.35-13.00 Uhr**

Andreas Flocken/Kai Küstner

E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)

[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Themen:**

- **SCHWERPUNKT**  
Nach Afghanistan-Debakel - Ertüchtigungs- und Stabilisierungseinsätze auf dem Prüfstand  
**SICHERHEITSPOLITISCHE NOTIZEN**
  - Hyperschallwaffen-Entwicklung in China - Mit Folgen für US-Raketenabwehr?
  - Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen - Bewegung bei SPD
  - Rechtsextremismus und Bundeswehr - Bilanz des MAD

**Abschrift Schwerpunkt**

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Flocken:

Im Mittelpunkt diesmal bei uns die Auslandseinsätze der Bundeswehr, genauer die sogenannten Stabilisierungs- und Ausbildungsmissionen. Der Einsatz in Afghanistan war letztlich nicht erfolgreich. Knapp 20 Jahre war die Bundeswehr dort, und nur wenige Wochen nach dem Abzug der internationalen Truppen haben dort die Taliban die Macht übernommen. Dabei wollte man genau das verhindern. Die Politik, aber auch die Bundeswehr, waren vollkommen überrascht, dass die Regierung und die jahrelang ausgebildeten afghanischen Streitkräfte dort innerhalb weniger Tage zusammengebrochen sind. Kein Wunder, dass von einem Debakel und Desaster die Rede ist. Die große Frage ist daher jetzt: Welche Lehren zieht man aus den Ereignissen vom August für die laufenden Auslandsmissionen und für künftige Ausbildungseinsätze? Jerry Sommer hat sich mit dieser Frage in den vergangenen Wochen beschäftigt und mit Experten gesprochen. Und er ist uns jetzt aus Düsseldorf zugeschaltet.  
Hallo Jerry.

Sommer:

Hallo Andreas und Kai.

Flocken:

Lass uns erst einmal mit einer Begrifflichkeit beginnen, Jerry. Im Zusammenhang mit Stabilisierungseinsätzen der Bundeswehr ist regelmäßig von den Ertüchtigungsmissionen die Rede. Woher kommt dieser Begriff? Und was genau versteht man unter „Ertüchtigungsmissionen“ der Bundeswehr?

Sommer:

Im Weißbuch der Bundesregierung von 2016 für die Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr wird als eine Aufgabe der Bundeswehr die Beratung, Ausbildung und Ausrüstung von Partnerstaaten zur Ertüchtigung lokaler Partner in fragilen Weltregionen genannt, und zwar in der Regel im Verbund mit EU, NATO oder UN-Missionen. Diese Orientierung hat mehrere Begründungen: Angeführt wird unter anderem das Ziel, das Überschwappen von Krisen aus dem sogenannten Krisenbogen von Nordafrika, über den Nahen Osten zum westlichen Balkan bis hin zu den ehemaligen Sowjetrepubliken auf EU-Staaten, zu verhindern. Und das nicht mit 10.000 oder gar hunderttausenden von Truppen, sondern mit einem möglichst kleinen Fußabdruck, damit auch keine eigenen Soldaten gefährdet werden. Die Partner ertüchtigen, damit sie selbst für ihre Sicherheit in ihrem Land sorgen können - das ist die Argumentation. Allerdings darf man nicht vergessen, dass - nachdem in Afghanistan schon ein gewisser Wechsel stattgefunden hatte - dass man selbst mit 100.000 ausländischen Soldaten militärisch gegen die Aufständischen nicht siegen konnte und deshalb - und auch aus innenpolitischen Gründen - den Einsatz zurückgefahren und zur „Ausbildungsmission“ heruntergestuft hat.

Küstner:

Okay, aber bevor wir konkret zu Afghanistan kommen, noch mal die Nachfrage: Beratung, Ausbildung und Ausrüstung - heißt das, dass immer auch Waffen geliefert werden?

Sommer:

Nein, das heißt es nicht unbedingt - zumindest nicht für Deutschland. Da sollen sich die Rüstungsexporte an die restriktiven Rüstungsexportbestimmungen halten. Deshalb werden zum Beispiel auch nach Mali keine Waffen geliefert, obwohl man dort an einer Ausbildungsmission der EU beteiligt ist. Andere Staaten - Frankreich, Großbritannien und die USA zum Beispiel - setzen da viel mehr auch auf Rüstungsexporte als Implikation von Ausbildungsmissionen.

Flocken:

Naja, Soldaten auszubilden, ohne dass diese Waffen und Gerät haben - das macht streng genommen auch keinen Sinn. Die Soldaten sollen auch kämpfen können, also einsetzbar sein. Und zumindest indirekt wird Deutschland über die EU jetzt auch die malischen Streitkräfte mit Waffen und Gerät ausstatten - über die sogenannte Friedensfazilität der EU. Mit diesem neuen Fonds hatten wir uns ja in unserem Podcast Nr. 15 im Juli ausführlich beschäftigt.

Sommer:

Ja, in Mali soll das mit Hilfe von EU-Geldern passieren. Aber ein Problem ist immer: wo bleiben die Waffen, nachdem man sie geliefert hat? Afghanistan hat gezeigt: ein Teil wurde auf dem Schwarzmarkt verhökert oder wenn die politische Konfliktlösung, eine Machtteilung im internen Konflikt nicht gelingt, dann landen sie später in den Händen der anderen Bürgerkriegspartei. Das haben wir ja auch in Afghanistan gesehen. Ich möchte aber noch einen anderen Punkt in Bezug auf „Ertüchtigung“ ansprechen. Es geht dabei auch immer um Stabilisierung oder Ausweitung des geopolitischen Einflusses der Ertüchtiger. Darauf weist Dan Krause, Dozent an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg, in einem Interview mit mir hin.

O-Ton Krause:

„Auf jeden Fall würde ich alles, was Ertüchtigung angeht, auch immer in Außenpolitik und Diplomatie einordnen. Also das ist definitiv eine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Es ist definitiv eine Möglichkeit, ein Ohr vor Ort zu haben, eigene Interessen wahrzunehmen.“

Küstner:

Ja, es liegt so ein bisschen auf der Hand, Ausbildungs- beziehungsweise Ertüchtigungseinsätze müssen in ein politisches Konzept eingebettet seien. Sie können nicht völlig isoliert erfolgen. Aber sie werden immer dann ein Problem, wenn man sich auf die politischen Führungen, sei es in Afghanistan oder auch in Mali, irgendwann nicht mehr verlassen kann. Du hast Mali angesprochen - da ist die Bundeswehr an der EU-Ausbildungsmission EUTM der „EU Training Mission“ Mali - um den Fachbegriff zu gebrauchen - beteiligt, hat gegenwärtig sogar die Führung inne. Erzähle uns noch einmal: an welchen weiteren Ausbildungsmissionen ist die Bundeswehr gegenwärtig beteiligt?

Sommer:

Also erstmal ganz allgemein: Es sind gegenwärtig 2.200 Soldaten der Bundeswehr in Auslandseinsätzen. An Ausbildungsmission ist die Bundeswehr nur im Irak und, wie erwähnt, in Mali aktiv. Von den 100 im Irak und etwa 300 im Rahmen dieser EU-Trainingsmission in Mali eingesetzten Soldaten sind allerdings jeweils nur rund ein Dutzend Ausbilder vor Ort - der Rest sind Sicherheits-, Sanitätskräfte etc. Bis vor wenigen Monaten war die Bundeswehr auch in Afghanistan in einer Ausbildungsmission. Der Bundeswehrgeneral a.D., Hans-Lothar Domröse, der auch zeitweise in Afghanistan Dienst tat, und später als Befehlshaber des Joint Force Command der NATO für die NATO-Militäroperation am Hindukusch verantwortlich war, beschrieb mir diese Bundeswehr-Aktivitäten so:

O-Ton Domröse:

„Wir haben denen das Schießen beigebracht. Wir haben denen auch beigebracht, ein wenig Hightech-Umgang zu lernen, also Hubschrauber zu fliegen, Flugzeuge zu fliegen und sagen wir mal etwas kompliziertere Humvees zu fahren, die aber im Wesentlichen ja nur LKWs sind. Seit 2015 haben wir rein Train Assist Advise gemacht. Das ist diese Ertüchtigung. Das „train assist advise“ haben wir nur, weil es politisch so gewollt war, in der Kaserne gemacht.“

Flocken:

Der ehemalige General Domröse - also, da hört man schon ziemlich viel Kritik auch an der Politik raus. Denn bereits während der ISAF-Mission war die Bundesregierung ziemlich zurückhaltend, was die Ausbildung angeht. Ich erinnere

mich an einen der Vorgänger von Domröse - der damalige NATO-General Egon Ramms hat sich damals dafür stark gemacht, dass die deutschen Ausbilder, die frisch ausgebildeten afghanischen Soldaten auch in den Süden des Landes begleiteten. Dort hatte es damals, anders als im Norden, nämlich heftige Kämpfe gegeben. Die Bundesregierung hat das damals aber strikt abgelehnt, weil man die Bundeswehrausbilder keiner Gefahr aussetzen wollte...

Küstner:

...Ja, damals hatten wir noch nicht so richtig geahnt, Andreas, dass auch der Norden dann eines Tages sehr unruhig werden sollte, spätestens ab 2009, 2010.

Flocken:

... in der Tat. Aber das relativiert natürlich die militärische Ausbildung ganz erheblich. Denn erst im Gefecht zeigt sich, was diese Ausbildung wert ist. Und nur vor Ort kann man dann gegebenenfalls nachsteuern, Defizite angehen. Ausbilder anderer NATO-Staaten, das muss man sagen, haben ihre afghanischen Schützlinge begleitet, wenn es ins Gefecht ging. Ich will damit sagen: es hat auch bei der Ausbildung durch die Bundeswehr Defizite gegeben. Außerdem hat sich auch in Afghanistan gezeigt - du hast es bereits angedeutet, Jerry -, dass bei Ausbildungsmissionen nur ein Bruchteil der eingesetzten Soldaten als Ausbilder tätig waren. Das Verhältnis war ungefähr eins zu zehn. Das heißt, von den zuletzt rund tausend Bundeswehrsoldaten am Hindukusch waren noch nicht einmal hundert Soldaten Ausbilder oder Trainer, wie man im NATO-Jargon sagt. Und darunter waren dann auch noch Ausbilder anderer NATO-Staaten. Deutsche Politiker, die dann vor Ort waren, waren über dieses krasse Missverhältnis immer wieder erstaunt. Aber Anstoß haben sie daran dann doch nicht genommen. Das alles ist sicherlich auch ein Faktor, der möglicherweise zum Zusammenbruch der afghanischen Streitkräfte im August beigetragen hat. Nach meinem Eindruck spricht die Bundeswehr über diese Defizite gar nicht so gerne, obwohl man ja offiziell alles auf den Prüfstand stellen will. Man kann durchaus den Eindruck haben: die Bundeswehr war in Afghanistan vor allem auch mit sich selbst beschäftigt.

Sommer:

Also, sicher haben die deutschen Ausbilder ihr Möglichstes getan, um gut auszubilden. Aber ich würde doch darauf hinweisen, dass es eine Illusion wäre, zu glauben, mit der Begleitung afghanischer Truppen in Gefechte durch die Bundeswehr - wie du selbst angesprochen hast - wäre wirklich ein anderes Ergebnis herausgekommen. Nicht einmal die zeitweise über 100.000 NATO-Soldaten haben die Taliban militärisch besiegen können. Mehr Effektivität bei der Ausbildung hätte an einem Grundproblem der wachsenden Schwäche des korrupten Regimes, das der Westen unterstützt hat, nicht viel ändern können. Man sollte sich bewusst machen, dass die Rolle und Möglichkeiten des Militärs bei Interventionen im Ausland begrenzt sind. In Afghanistan zum Beispiel konnten sehr viele Rekruten nicht schreiben und lesen. Die Ausbilder kannten die Landessprachen nicht, sie mussten also mit Übersetzern arbeiten. Ähnliches gilt auch für Mali, wo es zu solchen absurden Dingen kommt, dass deutsche Ausbilder in Englisch sprechen, Übersetzer aus Belgien das ins Französische übersetzen und dann irgendein fremdsprachenkundiger Malier es in eine der Landessprachen weiter übersetzt. Aber vielleicht noch viel wichtiger im Bezug auf die Rekruten und Soldaten, die ausgebildet werden, ist, dass die meisten Afghanen zu den Sicherheitskräften gegangen sind, weil sie ein sicheres Einkommen haben wollten – und nicht, weil sie Feuer und Flamme waren für den korrupten afghanischen Staatsapparat. Und deshalb sind auch sehr viele von ihnen nach kurzer Zeit wieder desertiert. Das sind inhärente Probleme solcher Ausbildungsmissionen in armen Ländern, die natürlich die Effektivität der Ausbildung erheblich beeinträchtigen. Doch ich würde die Hauptprobleme woanders sehen: in den gesellschaftlichen Bedingungen, in denen diese Ausbildungsmissionen überhaupt stattfinden.

Küstner:

Also bei der Schwäche der Regierung, die du ansprichst, Jerry, da würde ich dir Recht geben. Die Sicherheitskräfte sollten den Taliban eigentlich widerstehen, deshalb hat man sie ausgebildet. Aber zu ihrer Ehrenrettung muss man aus meiner Sicht zumindest sagen: die afghanische Armee wurde nach anfänglichen Schwierigkeiten doch auch sehr gelobt, dass sie die Taliban bis zum Abzug der westlichen Truppen, auch unter wahnsinnig hohen Verlusten, mutig

bekämpft hat. Also scheint mir eher ein Problem gewesen zu sein, dass sich diese Soldaten zum einen vom Westen im Stich gelassen fühlten und auch dann ganz am Ende, kurz vor der Taliban-Machtübernahme, nicht mehr so richtig wussten, ob es sich überhaupt lohnt, für diese Regierung zu kämpfen - wegen der angesprochenen Korruption. Aber nichtsdestotrotz ist das genau das, worauf man von deutscher Seite gesetzt hat: auf diese Ausbildung.

Sommer:

Ja, man hat auf diese Ausbildung gesetzt als militärischen Teil einer Gesamtstrategie. Aber seit langem war klar - oder wurde zumindest immer als Lippenbekenntnis formuliert -, dass der Konflikt nicht militärisch zu lösen sei, dass es also einer politischen Verhandlungslösung mit den Taliban bedarf. Aber daran hatten die Regierenden in Kabul, zu denen auch oft alte Warlords gehörten, überhaupt kein Interesse. Der afghanische Präsident Ghani hat sich gesträubt, Friedensverhandlungen ernsthaft zu führen, Kompromisse einzugehen, weil ihn das die Macht gekostet hätte.

Küstner:

Aber da muss ich noch einmal kurz einschreiten, weil aus meiner Sicht jetzt jahrelang eher das Problem war, dass sich die afghanische Regierung bei diesen Gesprächen ausgebootet fühlte, weil die USA und die Taliban direkt miteinander verhandelt haben. Das war schon 2010, 2011 so. Und das Abkommen über den Abzug, das dann US-Präsident Donald Trump mit den Extremisten geschlossen hat - das würde ich sogar als die Wurzel allen Übels bezeichnen. Das fand am Ende über die Köpfe der Regierenden in Kabul hinweg statt.

Flocken:

Und die Verhandlungen waren, du hast es gesagt, zwischen Taliban und den USA in Doha geführt worden. Und es waren vor allem die Taliban, die nicht mit der Regierung in Kabul verhandeln wollten, weil die Taliban die Regierung in Kabul als eine Marionette der USA angesehen haben. Und die Regierung in Kabul hat das immer wieder beklagt.

Sommer:

Natürlich hat sie das beklagt. Aber ich teile nicht die Ansicht, dass die Wurzel allen Übels das Abzugsabkommen zwischen Trump und den Taliban war. Ich sehe die Hauptprobleme woanders. Nämlich darin, dass man überhaupt ein Nation-Building in Afghanistan mit Zehntausenden US- und NATO-Truppen versucht hat - darin, dass man die Taliban nicht von vornherein in einer inklusiven Regierung beteiligen wollte, obwohl sie von den Terroranschlägen vom 11. September genau so wenig wussten, wie zum Beispiel der Hamburger Senat, in dessen Gebiet die Anschläge hauptsächlich vorbereitet wurden. Ein anderer Grund ist, dass man nicht spätestens nach der Vertreibung der Taliban schon 2002, 2003 Afghanistan verlassen hat. Das hätte auch mein Gesprächspartner Dan Krause von der Bundeswehr Universität damals für sinnvoll gehalten. Oder aber, dass man nicht spätestens 2012, nach der Tötung von Osama Bin Laden aus Afghanistan rausgegangen ist, wie mir der General a. D. Domröse als sinnvoll dargestellt hat. Also da gehen unsere Meinungen sicher auseinander, Kai.

Küstner:

Wobei man dann, Jerry, aus meiner Sicht riskiert hätte, dass das Land schon viel früher völlig zusammengebrochen wäre. Und es war das Ansinnen, auf diese Friedensgespräche in Doha zu setzen. Am Ende war aus meiner Sicht tatsächlich das Problem, dass diese Gespräche überhaupt keine Chancen mehr hatten, nachdem dieses Abzugsdatum dann gesetzt war - erst durch Trump und Biden hat das dann in gewisser Weise fortgeführt. Er hat es nur ein bisschen nach hinten verschoben. Also, diese Art von Zusammenbruch hätte man verhindern können, wenn man dieses Datum eben nicht so klar in die Landschaft gestellt hätte.

Sommer:

Naja, wenn es früher zum Rückzug gekommen wäre, dann hätte man Tausende von Menschenleben - vor allen Dingen afghanische Menschenleben - gerettet. Und man hätte die Möglichkeit gehabt, die Verhandlungsbereitschaft der Taliban wirklich zu testen. Die Amerikaner haben die afghanische Regierung natürlich nicht an den Verhandlungen beteiligt, aber die Taliban wollten mit die-

sen sogenannten US-Marionetten nicht verhandeln. Das sagten sie vor dem Doha-Abkommen. Danach hat es Gespräche gegeben, und die Taliban haben eine Interimsregierung gefordert. Natürlich, die Taliban haben auf Zeit gespielt und ich bin keineswegs sicher, ob sie ein Friedensabkommen, eine Machtteilung wirklich wollten. Aber die Regierenden in Kabul haben auch eine große Verantwortung dafür, dass es nicht zu wirklichen Friedensverhandlungen gekommen ist. Darauf hat auch US-Präsident Biden am 16. August hingewiesen. Ich möchte ihn zitieren „ich forderte sie“ - die Regierenden in Kabul meinte er: „Ich forderte sie auf, sich auf diplomatischem Wege um eine politische Lösung mit den Taliban zu bemühen. Dieser Rat wurde rundweg abgelehnt.“

Küstner:

Aber dadurch, dass dieses Datum gesetzt war, war nun jeglicher Druck von den Taliban genommen. Und ob die sich jetzt friedlicher verhalten hätten, wenn man früher abgezogen wäre, da habe ich Zweifel. Aber um auf Joe Biden nochmal zu kommen. Der hat ja auch die mangelnde Kampfmoral der afghanischen Armee gerügt - nach dem Abzug seiner US-Truppen. Aus meiner Sicht auch, um über seine eigenen Fehler hinwegzutäuschen, nämlich ein konkretes Abzugsdatum festzulegen. Also, er hat so ein bisschen die Verantwortung den Afghanen zugeschoben, die teilweise auch die westliche Gemeinschaft trägt.

Sommer:

Also, ich denke, man sollte da die andere Seite auch sehen: nämlich, was wäre ohne ein konkretes Abzugsdatums passiert? Es wäre nie zu Ende gegangen, man hätte mehr NATO-Truppen, mehr US-Truppen hinschicken müssen, mehr Tote wären die Folge gewesen, und das, obwohl die Meinungsmehrheiten sowohl in den USA als auch in Deutschland gegen diesen Afghanistan-Einsatz war. Und noch ein Gedanke, der mir durch den Kopf geht: ohne Abzugstermin hätte sich die Ghani-Regierung, die ja auch schon viele Jahre Zeit hatte, sich auf Verhandlungen einzulassen, weiterhin voll auf die Unterstützung der USA und der NATO verlassen können und von ihrer Seite noch weniger - als Biden es zum Schluss genannt hat - ernste Friedensverhandlungen und Kompromisse suchen können. Das Regime in Kabul, das war korrupt, durch Wahlfälschung an die Macht gekommen und es hat auch den Soldaten monatelang

keinen Sold gezahlt. Also insgesamt verlor die afghanische Regierung schon Jahre vor diesem Ende in der Bevölkerung an Unterstützung. Die Taliban wurden wohl von immer mehr Afghanen als das kleinere Übel angesehen in einem 20-jährigen Krieg, der nach Schätzungen der amerikanischen Brown-Universität über 170.000 afghanische Tote gefordert hat.

Flocken:

Naja, ob man von einem Regime in Kabul reden kann - das weiß ich nicht, das ist wohl nicht richtig. Es hat immerhin Wahlen gegeben - auch wenn diese nicht ganz sauber gelaufen sind und es in der Tat Korruption gegeben hat.

Sommer:

Ja, es gab Wahlfälschung. Nicht das Parlament, sondern die USA hat dann ein Kompromiss zwischen den streitenden Parteien herbeigeführt.

Küstner:

Es hat immerhin Wahlen gegeben. Also, nicht makellose Wahlen, ganz sicher nicht- aber es hat diverse Male Wahlen gegeben, an denen sich die afghanische Bevölkerung auch tapfer und mutig - und teilweise auch enthusiastisch - beteiligt hat.

Flocken:

Aber lass uns noch einmal zurückgehen zur Ausbildung der afghanischen Streitkräfte durch die NATO-Truppen. Korruption war eine Herausforderung für die Bundeswehr und auch für die anderen NATO-Ausbilder. Die afghanischen Streitkräfte hingen am finanziellen Tropf der NATO-Länder und es gab sogenannte Geistersoldaten, das heißt, die afghanischen Kommandeure kassierten Sold für Soldaten, die es nur auf dem Papier gab. Und die Möglichkeiten der NATO, gegen solche Fehlentwicklungen vorzugehen oder der Korruption Einhalt zu gebieten, waren ja sehr begrenzt.

Sommer:

Ja, man hat immer wieder versucht, dagegen vorzugehen. General Domröse hat mir ein Beispiel genannt, dass Benzin für die afghanischen Militärs an Fa-

milienangehörige gegeben oder verkauft worden ist. Also, ob man den Umfang der kleinen und großen Korruption im Land nicht mitbekommen hat, als Bundesregierung, nicht nur als Soldat vor Ort, oder, ob der schöngeredet wurde - was ich für wahrscheinlicher halte -, das bleibt sicherlich noch zu erforschen. Wichtig ist auch zu wissen: die internationalen Ausbilder haben sowohl in Afghanistan als auch in Mali nur einen sehr geringen Einfluss darauf, wer ihnen zur Ausbildung geschickt wird und vor allem, was und wie sich die Ausgebildeten hinterher verhalten. Eine solche totale Kontrolle könnte ich mir auch nur in einem Besatzungsregime vorstellen, das man verständlicherweise nicht wollte. Das ging auch nicht, da man dafür dann noch 10.000 oder gar 100.000 zusätzliche internationale Soldaten benötigte.

Küstner:

Man hat, das ist so, als Ausbildungsnation tatsächlich nur sehr wenig Einfluss auf die Auswahl und den Einsatz der Ausgebildeten. Wir haben eben auch gehört, dass in Afghanistan deutsche Ausbilder ihre afghanischen Schützlinge ja nicht in den Süden begleitet haben. Wie kann man denn - mal an die Zukunft gedacht - solche Probleme regeln? Wie könnte man die Ausbildung da verbessern, aus deiner Sicht?

Sommer:

Da haben wir eigentlich schon darüber gesprochen. Manche meinen, es wäre besser, die Ausgebildeten oder die auszubildenden Soldaten dann auch in den Einsatz zu begleiten. Ob das nun Checkpoints sind oder Kampfeinsätze, das gilt für Afghanistan, wie für Mali, denke ich. Und General Domröse sagte mir dazu:

O-Ton Domröse:

„Man muss sehen, wenn die Polizei oder das Militär einen Checkpoint aufbauen. Wie benehmen sie sich dort? Wie machen sie das? Können sie das? Beherrschen sie das? Das geht nicht nur in der Kaserne. Denn das Leben spielt sich ja draußen ab. Da ist die Gefahr. Das haben wir nicht mehr richtig gesehen. Und offensichtlich ist uns da auf diesem Wege in den letzten sechs Jahren etwas entglitten.“

Sommer:

Ich denke, an dieser Stelle muss man aber auch etwas Grundsätzlicheres ansprechen: Die Ausbildungsmission in Afghanistan fand in einem Konflikt, in einem Bürgerkrieg statt. Man hat also eine Bürgerkriegspartei ertüchtigt, und das fand unter der Priorität des militärischen Einsatzes gegen die andere Bürgerkriegspartei, die Taliban, statt.

Küstner:

Wobei ich da, Jerry, warnen würde, die beiden Parteien tatsächlich auf eine Stufe zu stellen, also die afghanische Regierung und die Taliban. Das haben auch sämtliche UN-Berichte aus all den Jahren immer gezeigt, dass natürlich die meisten getöteten Zivilisten immer auf das Konto der Taliban durch Anschläge und durch deren Skrupellosigkeiten gingen.

Sommer:

Das stimmt sicher. Aber auch 170.000 tote Afghanen sind 170.000 Tote mit Familien. Und den Hinterbliebenen ist es ziemlich gleichgültig, wer sie getötet hat. Und es war doch auch so, dass unsere Partner, die afghanische Regierung, das afghanische Militär, keineswegs immer die Guten in diesem Konflikt waren. Der Afghanistan-Experte Conrad Schetter, der Direktor des Friedens- und Konfliktforschungsinstituts BICC in Bonn ist der Überzeugung: eine Ertüchtigung, der Aufbau eines nützlichen Sicherheitsapparates, ist nicht möglich, wenn gleichzeitig die militärische Terrorbekämpfung im Vordergrund steht.

O-Ton Schetter:

„Das hat sich in Afghanistan deutlich gezeigt, dass das nicht funktioniert. Und sehen Sie das mal aus der Perspektive eines einfachen afghanischen Bauern: Da kommt der eine Soldat, macht eine Hausdurchsuchung, sucht Terroristen, bedroht die Familie. Und zwei Stunden später kommt ein anderer Soldat, verteilt Bonbons und sagt: Wir sind hier für eure Sicherheit da. Das kriegt man nicht zusammengebracht. Das sind Erfahrungen, die sehr viele Afghanen in ihrem Alltag immer wieder gemacht haben.“

Flocken:

Ja, klar. Man muss auch sehen, dass es in Afghanistan letztlich zwei Missionen gegeben hat. Die Anti-Terroroperation Enduring Freedom, unter Führung der

USA - und dann gab es eben parallel dazu jahrelang die ISAF-Mission - bis Ende 2014. Und die Abkürzung ISAF steht ja für „International Security Assistance Force“. Streng genommen kann man sogar von einer dritten Mission in Afghanistan sprechen. Denn die US-Geheimdienste machten am Hindu-kusch Jagd auf Taliban-Führer. Und diese Operationen fanden oftmals unabhängig voneinander statt. Sie waren nicht koordiniert. Bundeswehrsoldaten im Norden Afghanistans konnten davon manchmal ein Lied singen. Plötzlich landeten im Bereich der Bundeswehr US-Helikopter, und es gab plötzlich US-Spezialeinheiten, die herausstürmten und eine nicht angekündigte Kommandoaktion gegen mutmaßliche Terroristen starteten. Und diese Einsätze konnten dann die Arbeit der Bundeswehrsoldaten vor Ort im Rahmen der ISAF-Mission zunichtemachen. Denn die Soldaten versuchten gerade, Vertrauen zu den Afghanen aufzubauen. Und die Bewohner und manchmal auch die Bundeswehrsoldaten konnten eben nicht sofort unterscheiden zwischen ISAF-Truppen oder Soldaten, die für die Anti-Terroroperation Enduring Freedom unterwegs waren.

Sommer:

Ja, da gab es also große Koordinierungs- oder auch Prioritätsunterschiede zwischen den Alliierten. Deren Verantwortung darf man aber auch, finde ich, in einer anderen Hinsicht nicht übersehen: US-Luftschläge haben nach Berechnungen der britischen NGO „Airwars“ fast 5.000 afghanische Zivilisten - unter anderem durch die angeblich versehentliche Bombardierung einer Hochzeitsgesellschaft - getötet.

Flocken:

Wieso „angeblich versehentlich“? Meinst du, das war beabsichtigt?

Sommer:

Am 29. August gab es den Drohnenangriff, wo ein NGO-Mitarbeiter einer US-NGO getötet wurde, weil er angeblich ein Terrorist war. Das sagt die US-Armee. Vielleicht ist es bei der Hochzeitsgesellschaft-Aktion genauso. Da ist alles richtig gewesen, weil nämlich die Voraussetzungen, nach denen so ein Angriff stattfindet, oft einfach falsch gewesen sind.

Küstner:

Aber sie geben immerhin zu, dass sie Zivilisten getroffen haben bei dem Angriff Ende August, der IS-Terroristen gelten sollte. Aber ich glaube, der große Unterschied ist einfach, dass kein westlicher Staat bewusst Hochzeitsgesellschaften angreifen würde - anders als die Taliban, die das sehr bewusst tun und auch Moscheen unter anderem angreifen.

Sommer:

Das waren, glaube ich, eher die IS-Leute, die schiitische Moscheen angegriffen haben. Dass die Taliban die Moscheen angegriffen haben, davon habe ich zumindest noch nichts gehört - was nicht heißt, dass es das nicht gegeben hat. Aber wenn wir mal auf ein Beispiel zu sprechen kommen, wo Deutschland betroffen war: Bei dem Bombenangriff auf die zwei von den Taliban entführte Tanklaster in Kunduz im September 2009, der auf Anforderungen eines deutschen Oberst stattfand, da wurden wohl über hundert Zivilisten getötet. Ertüchtigungen in solch einem Umfeld kann nur von begrenztem Wert sein, meint Conrad Schetter vom Friedens- und Konfliktforschungsinstitut BICC in Bonn:

O-Ton Schetter:

„Der Fehlschuss liegt da drin, dass man meinen kann, dass man durch die Präsenz militärischer Truppen Terrorismus besiegen kann. Und was wir hier gerade in beiden Regionen sehr stark sehen, dass durch den Präsenz internationaler Truppen dschihadistische Gruppen einfach an Zulauf gewinnen. Das ist in Afghanistan, in Pakistan evident, dass den Taliban die Leute zugelaufen sind, weil eben über die Anti-Terror-Maßnahmen so viele Zivilisten unter Beschuss geraten sind. Das ist ein idealer Nährboden für einen Dschihadismus.“

Küstner:

Aber das war der NATO in Afghanistan eigentlich immer klar, dass das Land jetzt nicht allein mit Streitkräften stabilisiert werden konnte. Diesen Anspruch hatte man auch überhaupt nicht. Die Rede war immer wieder von dem berühmten vernetzten Ansatz, dem Comprehensiv Approach - das heißt, zivile Anstrengungen und militärische mussten parallel laufen. Die NATO-Truppen, beziehungsweise das Militär waren nur ein Element der Gesamtstrategie. Schließlich gab es noch die sogenannten PRTs., die Provincial Reconstruction Teams, also die Wiederaufbauteams. Bei den Bundeswehr-PRTs, waren Ver-

treter unter anderem vom Auswärtigen Amt und auch vom Entwicklungshilfeministerium.

Flocken:

Hierzu noch ergänzend der Hinweis auf das US-Konzept zur Aufstandsbekämpfung COIN - Counterinsurgency. Das spielte ebenfalls in Afghanistan eine Rolle. Drei Stichworte waren der Kern dieses Konzepts: Clear, Hold and Build. Soll heißen: Wenn das Militär von Taliban kontrolliertes Gebiete zurückgewonnen hatte, dann sollte mit dem Wiederaufbau begonnen werden – und zwar nachhaltig. Die Bevölkerung musste gewonnen werden – Winning hearts and minds – die Herzen und Köpfe sollten gewonnen werden. Das war das Ziel der Aufstandsbekämpfungs-Doktrin.

Und gerade der damalige ISAF-Kommandeur Stanley McChrystal vertrat immer wieder die Auffassung, dass zivile Opfer bei Militäroperationen auf jeden Fall vermieden werden mussten. Er hatte angeordnet, im Zweifelsfall sollte es keine Militäraktionen geben...

Küstner:

...Eine Strategie, die er wirklich ganz kurz vor diesem Angriff auf die Tanklaster in Kundus damals 2009 erst bekannt gegeben hatte, bevor der deutsche Oberst den Abwurf dieser zwei Bomben befahl.

Sommer:

...Eine Doktrin, die bis zum 29. August mit dem letzten Drohnenangriff auf Afghanistan nie wirklich durchgesetzt wurde.

Flocken:

Naja, aber McChrystal und auch andere versuchten sie schon durchzusetzen und McChrystal, der damalige ISAF-Kommandeur, der war damals entsetzt über das von Oberst Georg Klein angeordnete Luftbombardement bei Kundus. Das war eine einsame Entscheidung des deutschen Offiziers. Er hatte noch nicht einmal seinen deutschen Regional Commander darüber vorab informiert. Der Angriff war ein schwerer Fehler und war ein Verstoß auch gegen die ISAF-Einsatzregeln. Ich will die Verstöße gegen die Rules of Engagement gar nicht

hier alle aufführen, darüber hatten wir damals in Streitkräfte und Strategien ausführlich berichtet. Der Luftschlag bei Kundus ist ein Thema für sich, und er war ein schwerer Fehler. Die Amerikaner haben jedenfalls die bombardierenden Piloten abgezogen und sie sind damals offenbar disziplinar gemäßregelt worden.

Küstner:

...Obwohl auch die damals Bedenken hatten.

Flocken:

...Sie hatten erhebliche Bedenken. Da gab es einen richtigen Disput in der Luft. Das ging ja über eine Stunde lang, bis die Bomben dann letztlich abgeworfen worden sind. Aber disziplinäre Ermittlungen gegen Oberst Klein dagegen wurden von der Bundeswehr eingestellt. Er wurde dann später zum General befördert. Also in Afghanistan gab es zahlreiche Widersprüche, und auch deshalb waren letztlich 20 Jahre Afghanistan-Einsatz vergebens - so würde ich das sehen, denn die Taliban, die man 2001 gestürzt hatte, sind ja jetzt wieder an der Macht.

Küstner:

Ob völlig vergebens, darüber reden wir noch einmal an anderer Stelle.

Flocken:

O.k., das könne wir gerne machen. Aber lass uns jetzt noch einmal zu Mali kommen. Dort werden im Rahmen der EU-Mission EUTM seit rund acht Jahren malische Streitkräfte ausgebildet. Und dann gibt es noch die UN-Mission MINUSMA in Mali. Sind denn diese Einsätze, Jerry, mit dem Afghanistan-Einsatz vergleichbar? Wie siehst du hast?

Sommer:

Also es gibt Dinge, die vergleichbar sind. Andere sind nicht vergleichbar. Was die praktischen Dinge angeht, die ich schon angesprochen habe - da ist vieles vergleichbar: Sprachschwierigkeiten, geringe Kenntnis oder auch weitgehende Unkenntnis des Landes und der Kultur durch die Ausbilder, Interesse der ein-

heimischen Soldaten am festen Job, aber nicht an Loyalität zum Staat, der korrupt ist und der die simpelsten Aufgaben wie Infrastruktur etc. nicht erfüllt. Kein oder geringer Einfluss der Ausbilder auf die Auswahl der Auszubildenden und ihren späteren Einsatz - das ist alles vergleichbar. Natürlich ist auch vergleichbar, dass die internationalen Missionen in akuten Konfliktsituationen stattfinden, in Kampfsituationen - in Mali gegen Dschihadisten, Kriminelle und Terrorgruppen. Und das hat Folgen, sagte mir der Mali-Experte der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, Denis Tull:

O-Ton Tull:

„Die malische Armee ist auch Teil des Problems. Nicht nur, weil sie militärisch nicht sehr effektiv ist, sondern eben auch, weil sie bei der sogenannten Aufstandsbekämpfung in teilweise erheblicher Zahl Menschenrechtsverletzungen begeht. Und natürlich kann man auch mutmaßen, dass diese Menschenrechtsverletzungen letztendlich auch bei der Aufstandsbekämpfung kontraproduktiv sind. Das ist zweifellos auch ein Teil des Problems.“

Küstner:

Die Sicherheitslage hat sich in Mali immer weiter verschlechtert, die Anzahl von Terrorangriffen hat sich in den letzten Jahren verfünffacht. Und die malische Armee hat in den letzten 12 Monaten zweimal geputscht. Der Junta-Chef Goita war mehrmals in Deutschland, er hat unter anderem einen Kompaniecheflehrgang in Deutschland absolviert. Kann ein Putschist Partner bei der Stabilisierung eines Landes sein? Wie sehen das die anderen EU-Staaten?

Sommer:

Die Kritik aus Deutschland und der EU, die war sehr verhalten. Und das ist auch wieder ein grundsätzliches Problem, wenn man Soldaten im Ausland hat, dann möchte man die hauptsächlich schützen. Und das kann man nur mit den aktuellen Machhabern. Wie wenig Einfluss die EU und die UN-Berater im Militär und im Verteidigungsministerium in Mali hatten, das sieht man an diesem Putsch. Und man muss natürlich auch ergänzen: die vorherige zivile Regierung ist immer unbeliebter geworden. Den ersten Putsch haben viele Malier unterstützt. Denis Tull von der Stiftung Wissenschaft und Politik hält den Putsch insgesamt für einen Rückschlag der Bemühungen um eine Sicherheitssektor-

Reform in Mali. Allerdings liege die Verantwortung dafür auch bei den Staaten, die die EU-Ausbildungsmission durchführen. Denis Tull:

O-Ton Tull:

„Die Wahrheit ist wahrscheinlich, dass die zivil-militärischen Beziehungen in Mali, die zivile Kontrolle der Armee nicht die Priorität der internationalen Gemeinschaft sind, sondern dass die Ertüchtigung die Priorität ist in dem Sinne, dass man versucht kurzfristig und mittelfristig die Schlagkraft dieser Armee gegenüber ihren Konkurrenten, das heißt Rebellen, dschihadistischen Gruppen zu erhöhen.“

Flocken:

Allerdings, man muss sagen: die Sicherheitslage hat sich keineswegs verbessert - im Gegenteil. Trotz der UN-Stabilisierungsmission MINUSMA an der rund 1.000 Bundeswehrsoldaten beteiligt sind, und trotz der EU-Ausbildungsmission EUTM, insgesamt 300 Soldaten der Bundeswehr - von denen aber nur einige wenige tatsächlich Ausbilder sind - darüber haben wir ja eben schon einmal gesprochen - hat das alles nicht so richtig funktioniert. Die Sicherheitslage hat sich nicht verbessert. Dabei ist das Ziel, das Land zu stabilisieren, also sicherer zu machen. Das ist durch die Militäreinsätze nicht gelungen. Oder wie sehen das die Experten?

Sommer:

Die sehen zweifellos ein Dilemma, weil es ja tatsächlich vermehrt Überfälle und Terroranschläge gibt, nicht nur in Mali, sondern auch in den umliegenden Staaten. Allerdings man muss sich auch bewusst machen, dass beim Friedensabkommen, das eigentlich umgesetzt werden sollte durch die UN-Mission, das da praktisch nichts passiert. Und man muss sich auch klar darüber sein, lokale Akteure, wie die malische Regierung oder wie früher die afghanische Regierung - die versuchen ein Narrativ in die Welt zu setzen, mit dem sie quasi die internationale Gemeinschaft, beziehungsweise vor allem die westlichen Staaten erpressen: Wenn ihr uns nicht weiter unterstützt, wenn ihr nicht mehr Geld rüberschiebt, dann gehen wir unter. Dann siegt der Terror, dann folgen Migrationsströme, so das Narrativ. Und dieses Narrativ stößt bei vielen Geberländern auf offene Ohren, obwohl die Bedrohungswahrnehmung oft deutlich übertrie-

ben ist. Das meint jedenfalls Denis Tull von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Bezug auf Mali:

O-Ton Tull:

„Das eine ist die Frage von Flüchtlingsströmen und Migrationsbewegungen, das andere ist der sogenannte Terrorismus. Ja, das sind möglicherweise Faktoren. Aber ob die jetzt eine solche Dimension annehmen, dass sie wirklich ein Risiko für Europa darstellen - das mag ich mal mitunter zu bezweifeln. Also zumindest ist es bisher noch nicht so gewesen, dass vom Sahel aus nachweislich eine terroristische Aktivität in Europa ausgeübt worden ist. Und auch die Migrations- und Flüchtlingsfrage, die stellt sich aus meiner Sicht nicht so drastisch, wie das oft dargestellt wird.“

Küstner:

Na gut, aber dass sich Terroristen gerne in Krisenregionen ansiedeln, das wissen wir ja auch. Jetzt ist Afghanistan weitgehend gescheitert, Mali steht möglicherweise vor dem Scheitern. Gibt es denn eigentlich, Jerry, nicht auch ein paar positive Beispiele für Ertüchtigungsmissionen?

Sommer:

Da kann man eine hervorheben - das ist die Ertüchtigung der Peschmerga in Irakisch-Kurdistan 2014. Damals wurden diese von deutschen Ausbildern ausgebildet, um gegen die Terrormilizen des sogenannten Islamischen Staates zu kämpfen. Mit Feldküchen, aber auch mit Minensonden, Pistolen, Sturmgewehren und was besonders wichtig war: mit der Panzerabwehrrakete Milan. Und da haben deutsche Ausbilder ihnen den Umgang mit dieser Waffe beigebracht. Schießen konnten die sicherlich auch schon vorher gut. Inzwischen gibt es dort im Irak eine NATO-Ausbildungsmission, an der sich die Bundeswehr nach wie vor allem in Irakisch-Kurdistan - mit rund 100 Soldaten beteiligt. Allerdings bezweifle ich, dass das heute noch vorrangig dem Ziel dient, die militärische Effektivität gegen den IS zu erhöhen. Ich denke, die NATO und die NATO-Staaten haben dabei vor allem das Ziel, einen gewissen Einfluss im Irak zu halten. Aber wie lange das noch gut geht, bleibt abzuwarten. Denn das irakische Parlament hat den Abzug aller ausländischen Truppen gefordert, was die irakische Regierung bisher aber nicht so umgesetzt hat.

Flocken:

Also ich denke, die Ausbildung der kurdischen Peschmerga hat sicher dazu beigetragen, dass der Vormarsch der Terrororganisation Islamischer Staat damals gestoppt werden konnte. Und man darf nicht vergessen, das Hauptziel dieser Ausbildungs- und Ertüchtigungseinsätze ist letztlich, dass man nicht eigene Kampftruppen entsenden will. Lässt sich denn sagen, welche Voraussetzungen notwendig sind, damit Stabilisierungs- beziehungsweise Ausbildungsmissionen letztlich erfolgreich sind?

Sommer:

Also ich würde da vor generellen Antworten warnen. Aber wenn man überhaupt mehr Gutes als Schlechtes bewirken will oder kann, dann ist das, glaube ich, nötig, Konfliktursachen anzupacken und die politische Konfliktlösung - nicht die militärische Aufstands- oder Terrorbekämpfung in den Mittelpunkt zu stellen. Das Militär kann, haben wir schon gesagt, und es ist eine Binsenweisheit, nur eine begrenzte Rolle spielen. Und wenn man das nicht nur als Lippenbekenntnis vor sich herträgt, dann gehören Dialog, Mediation, Diplomatie ins Zentrum der internationalen Bemühungen. Das meint Dan Krause von der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg:

O-Ton Krause:

„All diese Konflikte müssen Sie gelöst kriegen. Und dazu müssen Sie mit allen Akteuren reden, auch mit problematischen. Man hat sich lange geweigert, mit den Taliban zu reden- im Endeffekt hat man es doch gemacht. Die Regierung in Bamako möchte gerne mit den Dschihadisten im Norden reden, den Tuareg oder mit Tuareg-Gruppen, die als dschihadistisch gelten und die auch bei uns als problematische Akteure gelten. Frankreich hat es der malischen Regierung untersagt, mit diesen Gruppen zu reden. Letzen Endes werden sie aber keine Lösung des politischen Konfliktes hinkriegen, ohne diese Gruppen zu beteiligen.“

Sommer:

Man muss wirklich ganz genau hingucken, meint Krause, dabei dann auch zwischen international agierenden Terrorgruppen wie dem IS und regional handelnden Gruppierungen unterscheiden, die die westlichen Staaten nicht gefährden, die oft auch nicht hauptsächlich ideologisch motiviert sind, sondern

davon profitieren, dass die lokale Bevölkerung praktische Probleme mit dem Staat hat, von dem sie nichts oder nur Negatives bekommt.

Küstner:

Ich würde gern noch einmal auf die Frage der Erfolgsvoraussetzungen von Ausbildungsmissionen zu sprechen kommen. Also die Bedingungen, unter denen so etwas überhaupt erfolgreich sein kann. Was haben deine Gesprächspartner dazu gesagt?

Sommer:

General a. D. Hans-Lothar Domröse legt die Messlatte da wirklich sehr hoch. Auf meine Frage nach den Erfolgsvoraussetzungen für Ertüchtigungs- und Ausbildungsmission antwortete er:

O-Ton Domröse:

„Es müssen Nationen, Staaten und Bevölkerung sein, die ähnlich aufgestellt sind wie wir - nehmen wir das große Wort Demokratie -, die Checks and Balances haben, die also wissen, was die Rechtsregeln sind, die Rolle des Rechts, unabhängige Justiz. Wenn das grundsätzlich nicht da ist, dann ist der Korruption, der Willkür Tür und Tor geöffnet. Und deswegen würde ich sagen: Wenn wir Länder haben, die so anders sind als wir - so völlig anders - dann muss man sich dreimal überlegen, ob man da reingeht.“

Flocken:

Also ich finde, das ist eine sehr klare Position. Und in einem anderen Interview hat Domröse nach meiner Erinnerung Stabilisierungseinsätze in anderen Kulturkreisen praktisch grundsätzlich abgelehnt. Überspitzt würde das dann heißen, dass Ertüchtigungseinsätze in nur noch in Europa oder Nordamerika erfolgen sollten. Dort sind diese Missionen aber normalerweise überhaupt nicht notwendig.

Küstner:

Ich halte das, wenn ich das einschieben darf, für eine immer gern erzählte Mär, dass Afghanistan nicht demokratisierbar gewesen sei, weil das den Westen von jeglicher Verantwortung reinwäscht. Aus meiner Sicht hat man es nie ernsthaft mit dieser Demokratisierung versucht, nie nachhaltig genug versucht.

Man hat natürlich mit den falschen Verbündeten, spricht den Warlord - darüber haben wir auch schon gesprochen - gemeinsame Sache gemacht. Letztlich spricht sich der ehemalige NATO-General damit ja auch gegen alle aktuellen Ausbildungsmissionen aus - oder?

Sommer:

Das scheint mir auch so. Etwas anders sieht es mein anderer Gesprächspartner Dan Krause. Ertüchtigung könne seiner Meinung nach vor allem funktionieren, bevor Konflikte im Land ausgebrochen sind. Oder, wenn durch einen Militäreinsatz ein Konflikt in Ansätzen befriedet wurde, dann gebe es ein Zeitfenster für eine politische Lösung des Konflikts. Wenn es aber nicht gelingt, dieses Zeitfenster zu nutzen, und man die sogenannten Partnerregierung nicht zur politischen Konfliktlösung drängen kann, dann werde es sehr schwierig, sagt der Dozent von der Bundeswehr-Uni in Hamburg:

O-Ton Krause:

„Dann passiert immer das Gleiche in Afghanistan und Mali. Die Sicherheitslage verschlechtert sich und dann verschieben sich die Prioritäten immer mehr auf die Aufrechterhaltung der Sicherheitslage. Und es wird noch weniger über Konfliktlösung und Mediation geredet, noch weniger Geld investiert in humanitäre Hilfe und Entwicklung. Und dann kommen sie in diesen Teufelskreis, aus dem sie nicht mehr rauskommen. Ich würde sagen: die Reißleine muss gezogen werden, wenn sich die Partner vor Ort weigern, den politischen Prozess umzusetzen.“

Küstner:

Bedeutet dann aber, wenn wir das auf Mali anwenden, und die Putsch-Offiziere im Auge haben, dann könnte die Reißleine schon in den nächsten Monaten gezogen werden - was dann aber Sache einer neuen Bundesregierung wäre, denke ich.

Sommer:

Das scheint mir auch so. Da gibt es auch wieder unterschiedliche Meinungen. General Domröse plädiert dafür, nicht sofort aus Mali rauszugehen, sondern erst, wenn die Putschisten nicht, wie bisher geplant, im Februar demokratische Wahlen durchführen. Also er gibt denen noch ein bisschen Zeit. Afghanistan-

Experte Conrad Schetter vom Konfliktforschungszentrum BICC in Bonn kann sich vorstellen, dass die neue Bundesregierung schon vorher zu einer Änderung kommt:

O-Ton Schetter:

„Ich sehe jetzt, nachdem wir mehrere Militärputsche in Mali haben, eigentlich dass die neue Bundesregierung sich der Mali Intervention sehr kritisch annehmen wird und würde eher davon ausgehen, dass man sich aus Mali zurückziehen wird. Ich kann mir kaum vorstellen, dass dieses Mali-Abenteuer aufrechterhalten werden kann.“

Sommer:

Ich muss sagen, ich bin mir da nicht ganz so sicher, weil die Bündnissolidarität mit Frankreich und die Sorge vor dem Eingeständnis eines weiteren Einsatz-Desasters auch eine neue Bundesregierung in Berlin zu einer Fortsetzung des Mali-Einsatzes bewegen könnten. Auch wenn ich beide Motive nicht für sinnvoll halte.

Flocken:

Wir werden also Mali weiter im Blick behalten. Danke für die Recherche, Jerry Sommer. Das Interview mit Dan Krause von der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr enthält übrigens noch weitere interessante Aspekte. Es steht auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).